

Kleine Anfrage

des Abgeordneten Ulrich Steinbach (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

und

Antwort

des Ministeriums des Innern, für Sport und Infrastruktur

Entwicklung der offenen Forderungen kommunaler Gebietskörperschaften und Einführung eines kommunalen Forderungsmanagements

Die **Kleine Anfrage 974** vom 13. Juli 2012 hat folgenden Wortlaut:

Wie in den Medien berichtet wurde, bestehen in vielen Kommunen in Rheinland-Pfalz offene Forderungen an Bürgerinnen und Bürger, an das Land Rheinland-Pfalz sowie an andere kommunale Partner. Um den Verlust an Einnahmen für die Kommunen möglichst gering zu halten, ist es zunächst erforderlich, die Forderungen differenziert zu analysieren. In der Folge muss geprüft werden, inwieweit Außenstände eingefordert werden können und in welchem Ausmaß sie wertberichtigt oder gar abgeschrieben werden müssen.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. In welcher Höhe haben die kreisfreien Städte und Landkreise Forderungen zum 31. Dezember 2007, 2008, 2009, 2010 und 2011 bilanziert? Bitte trennen nach
 - a) öffentlich-rechtlichen Forderungen, Forderungen aus Transferleistungen;
 - b) privatrechtlichen Forderungen aus Lieferungen und Leistungen;
 - c) Forderungen gegen verbundene Unternehmen;
 - d) Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht;
 - e) Forderungen gegen Sondervermögen, Zweckverbände, Anstalten des öffentlichen Rechts, rechtsfähige kommunale Stiftungen;
 - f) Forderungen gegen den sonstigen öffentlichen Bereich;
 - g) gegebenenfalls sonstige Forderungen.
2. In welcher Höhe mussten die Kommunen Forderungen in den Jahren 2007 bis 2011 wertberichtigen (bitte tabellarisch darstellen)?
3. In welcher Höhe mussten die Kommunen Forderungen in den Jahren 2007 bis 2011 abschreiben (bitte tabellarisch darstellen)?
4. Bei welchen kreisfreien Städten und Landkreisen besteht nach Kenntnis der Landesregierung ein geeignetes Forderungsmanagement und wie bewertet die Landesregierung die Erforderlichkeit nach genereller Einführung eines kommunalen Forderungsmanagements?
5. Sind der Landesregierung Maßnahmen bekannt, mit denen die kommunalen Spitzenverbände ihre Mitglieder bei einem kommunalen Forderungsmanagement unterstützen und wie bewertet sie diese?
6. Welchen Beitrag könnte das Land bei Einführung, Aufbau bzw. Fortentwicklung eines Forderungsmanagements leisten?

Das **Ministerium des Innern, für Sport und Infrastruktur** hat die Kleine Anfrage namens der Landesregierung mit Schreiben vom 8. August 2012 wie folgt beantwortet:

Zu den Fragen 1 bis 3:

Die für eine Beantwortung der Fragen 1 bis 3 erforderlichen Angaben müssen durch die ADD erhoben werden. Bei Frage 1 sind für 36 Körperschaften die Bilanzen der entsprechenden Jahre von Hand auszuwerten. Bei den Fragen 2 und 3 sind Angaben der Kommunen erforderlich, die gesondert angefordert werden müssen. Die Beschaffung der Angaben ist in der für die Beantwortung einer Kleinen Anfrage zur Verfügung stehenden Zeit nicht zu leisten. Die Fragen 2 und 3 müssen deshalb gänzlich unbeantwortet bleiben.

Zu Frage 1 konnte für die Jahre 2009 bis 2011 hilfsweise (und soweit dort verfügbar) auf die Daten aus der Finanzvermögensstatistik des Statistischen Landesamtes zurückgegriffen werden (s. Anlage). Diese Daten beziehen sich auf die Fragen 1a und 1b, „Ausleihungen (vergebene Kredite)“ bleiben dabei unberücksichtigt. Für die Daten der Jahre 2009 bis 2011 haben die vorliegenden Daten teilweise mangels endgültiger doppischer Jahresabschlüsse nur vorläufigen Charakter.

Zu Frage 4:

Detaillierte Informationen über die Einrichtung eines geeigneten Forderungsmanagements in den zwölf kreisfreien Städten und 24 Landkreisen liegen der Landesregierung im Einzelnen nicht vor. Gem. § 29 Abs. 1 GemHVO regelt die Oberbürgermeisterin oder der Oberbürgermeister bzw. die Landrätin oder der Landrat den Umgang mit Forderungen in einer Dienstanweisung. Die Landesregierung geht davon aus, dass in allen kreisfreien Städten und Landkreisen ein Forderungsmanagement besteht, nicht zuletzt, um die gemeindehaushaltsrechtliche Bestimmung in § 19 Abs. 4 GemHVO einzuhalten, nach der unter anderem sicherzustellen ist, dass Forderungen rechtzeitig eingezogen werden.

In einer bundesweiten Untersuchung für das Jahr 2007 wurde beispielsweise ermittelt, dass 90,5 Mrd. Euro (95,5 v. H.) der kommunalen Soll-Einnahmen ohne Verzug realisiert werden konnten, 4,3 Mrd. Euro (4,5 v. H.) angemahnt, 1,9 Mrd. Euro (2,1 v. H.) vollstreckt und 0,9 Mrd. Euro (1,1 v. H.) niedergeschlagen wurden. Von den Vollstreckungsaufträgen in Höhe von 1,9 Mrd. Euro wurden 1,1 Mrd. Euro (58 v. H.) eingezogen, 0,5 Mrd. Euro (25 v. H.) anders als durch Zahlung erledigt und 0,3 Mrd. Euro (17 v. H.) nicht erledigt.

Im Übrigen weist auch der Rechnungshof Rheinland-Pfalz in seinem Kommunalbericht 2011 unter Nr. 5 „Vollstreckung von Geldforderungen – Kommunales Forderungsmanagement häufig noch verbesserungsbedürftig“ (Drucksache 16/30 vom 20. Juni 2011, S. 113 bis 134) auf die Bedeutung eines kommunalen Forderungsmanagements hin.

Die Erforderlichkeit einer generellen Einführung eines kommunalen Forderungsmanagements wird seitens der Landesregierung wie folgt bewertet:

- Ein kommunales Forderungsmanagement ist unerlässlich.
- Die Verantwortung für ein wirkungsvolles Forderungsmanagement liegt zweckmäßigerweise bei den Kommunen.

Zu Frage 5:

Zu zahlreichen finanzwirtschaftlichen Fragestellungen finden regelmäßig umfassende Informations- und Erfahrungsaustausche in den verschiedensten Gremien der kommunalen Spitzenverbände statt. Auch die von den kommunalen Spitzenverbänden getragene Kommunalakademie bietet in ihren Fortbildungsprogrammen eine Fülle von Angeboten, die das bei allen Kommunen gebotene Forderungsmanagement unterstützen; die Beispiele reichen hier vom Kommunalabgabenrecht über das Vollstreckungs- und Haftungswesen bis hin zum Sozial- und Jugendhilferecht. Diese Angebote lassen insgesamt keine relevanten Aufgabenfelder unberücksichtigt. Wichtige Hilfestellungen bietet auch die Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement (KGSt), zum Beispiel mit ihrem Bericht B 8/2009 „Forderungsmanagement – eine Arbeitshilfe“. Schließlich wird die Thematik regelmäßig auch im Fachverband der Kommunalkassenverwalter erörtert.

Die Landesregierung bewertet die Maßnahmen der kommunalen Spitzenverbände zu einer Unterstützung bei einem kommunalen Forderungsmanagement positiv. Ein wirksames Forderungsmanagement ist nicht nur Angelegenheit einer Organisationseinheit, sondern ergibt sich aus der Zusammenarbeit mehrerer Organisationseinheiten innerhalb einer Kommunalverwaltung. Es setzt mit seinen Maßnahmen bei den einzelnen Prozessschritten von der Forderungsentstehung bis zum Zahlungseingang bzw. der Niederschlagung der Forderung an. Deshalb ist einerseits ein umfassender Informations- und Erfahrungsaustausch in den verschiedensten Gremien der kommunalen Spitzenverbände zu begrüßen, der sich andererseits aufgrund der vielfältigen Organisationsstrukturen in den zwölf kreisfreien Städten und 24 Landkreisen aber vermutlich nicht streng standardisieren lässt. Ein informeller Informations- und Erfahrungsaustausch erscheint deshalb angemessen.

Zu Frage 6:

Das Land könnte, sofern es von den Kommunen bzw. ihren Spitzenverbänden gewünscht wird, bei der Fortentwicklung eines Forderungsmanagements Anregungen geben, etwa im Hinblick auf ein Forderungscontrolling mit der Erarbeitung eines Kennzahlensystems durch die Kommunen (zum Beispiel zu der Einzugsquote insgesamt, zu der Lastschriftquote, zu der Mahnquote oder auch zum Kostendeckungsgrad der Vollstreckung) oder der Definition eines an den Steuerungszwecken orientierten Berichtswesens. Die Landesregierung hält es für sinnvoll, ein entsprechend entwickeltes Forderungsmanagement den Kommunen nicht als Standard verpflichtend vorzugeben, sondern es dem örtlichen Bedarf zu überlassen, die begrenzten Ressourcen der kommunalen Verwaltung in entsprechende Verwendungen zu lenken.

Roger Lewentz
Staatsminister

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

20. Juli 2012

Kreisfreie Stadt / Landkreis	Öffentlich-rechtliche und privatrechtliche Forderungen der kommunalen Gebietskörperschaften 2009–2011											
	Öffentlich-rechtliche Forderungen aus Dienstleistungen				Übrige öffentlich-rechtliche Forderungen				Privatrechtliche Forderungen aus Dienstleistungen			
	2009	2010	2011	2009	2010	2011	2009	2010	2011	2009	2010	2011
Betrag in Euro												
Kreisfreie Städte												
Koblenz, St	4.614.254	8.176.332	2.916.382	17.584.488	20.021.918	21.184.342	3.410.882	5.779.040	3.135.723	1.460.714	1.218.343	1.402.876
Trier, St	508.513	353.507	473.876	26.622.008	24.868.750	20.657.144	9.666.911	4.070.145	3.340.007	5.000.958	5.216.871	
Frankenthal (Pfalz), St	542.601	778.326	427.215	5.452.134	8.292.924	10.693.540	108.688	108.844	266.393	980.390	1.253.998	2.914.512
Kaiserslautern, St	43.698.371	25.775.636	26.344.394	2.147.914	2.199.842	3.432.886	42.137	146.080		1.119.144	3.879.823	
Landau in der Pfalz, St	84.669	116.585	109.020	7.105.563	3.619.350	6.498.374	51.261	181.452	403.041	3.763.324	3.801.583	
Ludwigshafen am Rhein, St	6.694.230	7.154.604	8.142.583	42.561.024	24.322.389	33.929.897	3.354.179	6.463.780	6.453.120	1.005.058	98.875	20.934
Mainz, St	3.635.141	3.327.591	3.039.151	89.557.692	82.438.877	64.587.054	13.142.981	6.795.763	19.189.810	14.667.244	5.725.838	24.369.013
Neustadt a.d. Weinstr., St	1.470.981	1.675.734	1.597.422	5.022.026	8.283.404	6.736.684	23.146	2.011.813	1.361.857	171.436	1.305.447	860.534
Primsens, St	1.852.266	1.955.394	1.930.774	7.469.827	15.068.700	12.608.284	863.017	1.561.286	2.390.605	3.569.336	3.472.121	1.850.987
Speyer, St	2.547.920	10.046.579	508.362			6.801.601	238.016	316.897	168.603	477.008	297.407	247.497
Worms, St	454.456	532.528	702.676	5.990.013	9.614.490	13.306.324	19.000.124	23.368.286	19.845.300	3.676.584	3.070.650	1.688.952
Zweibrücken, St	551.049	649.717	322.129	5.206.715	6.737.910	5.577.494	151.369	5.459.302	2.941.357	1.584.054	10.905.916	9.598.980
Landkreise												
Ahrweiler	238.071	335.347	215.383	16.667.788	18.457.811	18.006.200	89.447	1.194.586	127.688	3.082.608	177.475	240.259
Altenkirchen (Ww.)	928.192	1.014.510	624.636	4.439.054	11.687.392	12.562.126	146.527	471.664	405.934	764.037	1.555.936	812.518
Bad Kreuznach	132.982	327.440	1.820.264	2.847.840	10.463.000	14.440.854	6.943.986	1.163.650	665.801	561.121	540.723	
Birkenfeld	50.192	127.247	124.962	1.348.149	9.702.497	9.106.186	1.904	267	1.038	678.485	789.485	297.183
Cochern-Zell	308.768	333.418	393.006	5.505.302	5.448.800	5.399.001	258.902	248.325	688.662	36.769	17.774	
Mayen-Koblenz	574.178	651.469	636.170	18.832.229	7.733.707	8.974.123	1.315.020	1.357.114	657.546	4.422.266	5.694.590	10.576.197
Neuwied				12.720.965	8.410.228	6.171.408				887.688	1.644.006	1.783.462
Rhein-Hunsrück-Kreis	6.254.701	6.929.315	6.882.300	1.131.855	944.755	935.312	87.304	69.067	1.642.704			
Rhein-Lahn-Kreis	792.206	809.714	777.610	11.362.295	12.131.407	12.938.235	70.232	100.099	72.428	666.013	149.107	149.106
Westerwaldkreis	959.886	1.057.827	754.974	12.036.006	12.011.502	12.565.330	114.252	123.820	151.480	743.482	847.470	996.027
Berncastel-Wittlich	335.509	516.108	628.800	1.802.839	19.101.801	20.234.734	23.857	563.288	84.683	210.283	3.188.195	4.904.795
Eifelkreis Bitburg-Prüm	5.587.428	6.364.663	6.857.993	1.000.651	1.325.728	1.250.198	282.892	446.354	676.531	1.940	980	128.513
Vulkaneifel	402.702	423.560	449.834	2.301.238	2.033.788	6.265.498	106.829	40.540	140.817	22.945	27.323	25.532
Trier-Saarburg	302.641	300.300	288.115	8.782.843	12.041.245	4.788.870	254.336	520.872	530.801	126.581	182.032	124.305
Alzey-Worms	312.596	391.104	499.415	3.598.939	5.008.967	7.482.048	68.685	55.170	76.077	296.854	343.522	551.137
Bad Dürkheim	52.188	1.158.385	1.737.837	1.171	9.383.981	15.494.247	31.943	20.980	572.551	11.743	2.883.992	3.056.406
Donnersbergkreis	138.598	437.710	462.046	7.179.478	10.788.170	11.273.866			162.171	46.226	637.527	11.083
Germersheim	525.971	31.311.004	430.944	3.403.258	43.355.721	14.825.827	108.897	430.069	542.705	757.296	2.257.858	612.925
Kaiserslautern	468.474	524.157	483.882	9.814.355	15.234.062	13.841.606	48.814	47.608	29.798	547.539	427.553	443.032
Kusel	214.150	188.889	272.768	7.732.266	8.108.978	7.934.702	24.108	34.588	41.337	320.650	683.537	137.695
Südliche Weinstraße	424.652	24.421	386.686	2.830.393	6.209.064	2.070.071	45.142	1.345.737	42.178	5.896	3.746	19.578
Rhein-Pfalz-Kreis	709.476	737.893	600.100	8.376.103	2.433.827	7.207.243	87.795	33.682	164.423	436.715	6.364.512	609.702
Mainz-Bingen	822.165	671.313	725.420	12.638.280	14.758.631	22.508.599	1.975.590	64.937	100.055	107.250	31.409	24.647
Südwestpfalz	611.326	530.104	552.670	8.132.937	9.378.323	9.765.648	108.236	149.554	43.315	360.718	3.368.889	365.026

